

NRW nimmt Cum-Cum-Geschäfte ins Visier: 28,5 Milliarden Euro versenkt!

Nordrhein-Westfalen verstärkt die Aufarbeitung von Cum-Cum-Geschäften, um Milliardenverluste für den Staat zurückzuzahlen.

Münster, Deutschland - Nordrhein-Westfalen setzt ein starkes Zeichen gegen die Möglichkeiten finanzieller Manipulation durch Cum-Cum-Geschäfte. Die örtlichen Behörden haben ihren Kurs bei der Aufarbeitung dieser Finanzkriminalität verschärft und eine elfköpfige Cum-Cum-Ermittlungskommission gegründet, um gezielt gegen diese Praktiken vorzugehen. Schätzungen deuten darauf hin, dass der deutsche Staat zwischen 2000 und 2020 etwa 28,5 Milliarden Euro durch solche Geschäfte verloren hat, die sich dadurch auszeichnen, dass ausländische Anleger kurzfristig Aktien an deutsche Banken verleihen, um Kapitalertragsteuer zurückzufordern. **Tagesschau berichtet**, dass die Oberfinanzdirektion Münster bereits einen internen Vermerk zu möglichen Ermittlungsansätzen verschickt hat.

Die Situation ist kritisch. Christoph Spengel, Professor für Betriebswirtschaftslehre, merkt an, dass der Fiskus durch Urteile des Bundesfinanzhofs in der Lage wäre, viel von diesem Geld zurückzuzahlen, jedoch geschieht dies nur zurückhaltend. Unterstützende Stimmen kommen von Anne Brorhilker, der ehemaligen Oberstaatsanwältin und jetzigen Mitarbeiterin der Bürgerbewegung „Finanzwende“. Sie hat eine Online-Petition gestartet, um die Rückholbemühungen zu intensivieren. Brorhilker warnt, dass Banken und Unternehmen dabei sind, wichtige Dokumente zu vernichten, die ihre Verstrickungen belegen könnten.

Bundesweite Herausforderungen

Um die Dimension des Problems zu verstehen, muss man auch die Cum-Ex-Geschäfte betrachten, die als „kleiner Bruder“ der Cum-Cum-Geschäfte gelten. Diese betrügerischen Aktivitäten fanden von 2001 bis 2016 statt und haben dem Staat einen geschätzten Schaden von mindestens 10 Milliarden Euro zugefügt. **Deutschlandfunk hebt hervor**, dass die rechtliche Aufarbeitung dieser Geschäfte sich als äußerst schwierig erweist. Bundesweit laufen Ermittlungen unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Köln, die sich mit rund 120 Verfahren und etwa 1700 Beschuldigten befassen.

Die Komplexität der Fälle zeigt sich auch in den Entwicklungen rund um die Warburg-Bank. Diese wurde zur Zahlung von 176 Millionen Euro verurteilt, während der Strafprozess gegen den Ex-Chef der Bank eingestellt wurde. Besonders brisant ist, dass Olaf Scholz, der derzeitige Bundeskanzler, unter Verdacht steht, Einfluss genommen zu haben, um Rückzahlungen zu verhindern. Dies hat einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Hamburg beschäftigt, der Scholz' Handlungen während seiner Zeit als Bürgermeister unter die Lupe nimmt.

Ergreifende Maßnahmen gefordert

Während einige Bundesländer wie Hessen, das rund eine Milliarde Euro aus Cum-Cum-Geschäften zurückgeholt hat, und Baden-Württemberg, das 479 Millionen Euro identifiziert hat, aktiv gegen die Probleme vorgehen, zeigen andere, wie Bayern, weniger Transparenz über die Rückforderungen. **ZDF weist darauf hin**, dass die notwendigen Ressourcen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität in Deutschland weiterhin unzureichend sind. Experten fordern vehement Unterstützung von der Bundesregierung, um die Aufarbeitung voranzutreiben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Rückholbemühungen und die rechtliche Aufarbeitung von Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäften ganze Institutionen und die

deutsche Finanzverwaltung herausfordern. Die neuen Ermittlungskommissionen sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber die kontinuierlichen Warnungen und das Fehlen von verwertbaren Beweisen stellen große Hürden dar. Die Aufarbeitung der Skandale bleibt damit weiterhin eine der zentralen politischen Herausforderungen in Deutschland.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Münster, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tagesschau.de• www.deutschlandfunk.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de